

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kordula Schulz-Asche, Irene Mihalic,
Maria Klein-Schmeink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/12802 –**

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe stärken

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht das durch rund 1,7 Millionen Männer und Frauen ausgeübte ehrenamtliche und freiwillige Engagement in Hilfsorganisationen, Rettungs- und Sanitätsdiensten, den Freiwilligen Feuerwehren oder dem Technischen Hilfswerk als tragende Säule des Bevölkerungsschutzes, der Katastrophenhilfe und der inneren Sicherheit. Die unterschiedlichen Organisationen hätten jedoch oft mit massiven Nachwuchsproblemen zu kämpfen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher auf, Anstrengungen zur Förderung des freiwilligen Engagements im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe zu verstärken und dabei unter anderem Forschungsvorhaben zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Migrantinnen und Migranten in den Organisationen zu entwickeln, bestehende Forschungsergebnisse umzusetzen, Barrieren für die Ausübung freiwilligen Engagements abzubauen, Konsequenzen aus dem Zweiten Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen und die Ausstattung, Wertschätzung und Zusammenarbeit von Blaulichtorganisationen zu verbessern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/12802 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2017

Der Innenausschuss

Ansgar Heveling
Vorsitzender

Nina Warken
Berichterstatterin

Gerold Reichenbach
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nina Warken, Gerold Reichenbach, Frank Tempel und Irene Mihalic

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/12802** wurde in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Juni 2017 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat seiner 97. Sitzung am 28. Juni 2017 empfohlen, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 101. Sitzung am 28. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/12802 in seiner 123. Sitzung am 28. Juni 2017 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 28. Juni 2017

Nina Warken
Berichterstatlerin

Gerold Reichenbach
Berichterstatler

Frank Tempel
Berichterstatler

Irene Mihalic
Berichterstatlerin

